

Michael Sander

Deutsch-russische Interfirmennetzwerke als Garanten der Energiesicherheit?

Die Verhandlungen zur Nord Stream Pipeline
und zum Gasfeld Yuzhno Russkoje

Abstract

Das Paper fragt, wie transnationale Interorganisationsnetzwerke Energiesicherheit beeinflussen. Um diese Frage zu beantworten, erhebt es die Beziehungsdaten wichtiger Akteure der deutschen und russischen Energiesektoren für die Jahre 2002, 2005 und 2007. Für jeden der chronologischen Schnitte werden die Daten für 2-Cliquen, *betweenness*- sowie *closeness*-Zentralität und für so genannte Brokerpositionen erhoben und vorgestellt. Es wird festgestellt, dass transnationale Beziehungen in erster Linie marginale deutsche Akteure in Teilgruppen integrieren, die von staats-wirtschaftlichen Akteuren aus dem Kern des russischen Netzwerks dominiert sind. Die engen Beziehungen innerhalb dieser Gruppe tragen auch dazu bei, dass politisch geprägte 2-Cliquen das transnationale Netzwerk zunehmend prägen. Auf Unternehmensebene befindet sich besonders Gazprom in der Position des „lachenden Dritten“, der die beiden deutschen Gasimporteure E.ON Ruhrgas und Wintershall gegeneinander ausspielen konnte.

Working Paper 2013/07 | Erscheint in: Zeitschrift für Weltgeschichte 2/2013

MICHAEL SANDER

Deutsch-russische Interfirmennetzwerke als Garanten der Energiesicherheit? Die Verhandlungen zur *Nord Stream Pipeline* und zum Gasfeld *Yuzhno Russkoje*

Einleitung

Vor dem Hintergrund, dass der Kyoto-Prozess auch auf der jüngsten Klimakonferenz in Durban nur geringe Fortschritte machte, wird zunehmend auch die Frage nach alternativen Governancemechanismen jenseits globaler hierarchischer Regime gestellt. Dem Begriff der *Clubgovernance* als Regulierung durch eine kleine(re) Staatengruppe wird dabei das Bild von transnationalen Mehrebenennetzwerken zur Seite gestellt, die die verschiedenen regionalen und lokalen Initiativen zum Klimaschutz untereinander verflechten.¹ Zugleich werden aber auch die Effekte des bestehenden Regimenetzwerks im internationalen Klimaschutz untersucht. Dabei konnte festgestellt werden, dass sich die Position eines Staates im Beziehungsgeflecht dieses Komplexes durchaus auf seine klimapolitische *Performance*, einschließlich der Ratifizierung des *United Nations Framework Convention on Climate Change*, auswirkt, also auch das gegenwärtige Governancesystem nicht wirkungslos ist.² Unterhalb der internationalen Analyseebene stehen besonders die Voraussetzungen und Hindernisse für eine erfolgreiche Einführung neuer Technologien und Politiken zum Klimaschutz im Forschungsinteresse.³ Innerhalb der umfassenderen Akzeptanzforschung geht es dabei auch um die Wirkung regionaler und lokaler Beziehungsstrukturen auf Implementierungsprojekte vor Ort.⁴ für Deutschland wurde auf nationaler Ebene unter Rückgriff auf die Diffusionsforschung unter anderem untersucht, ob und wie sich unterschiedlichen Beziehungskonfigurationen auf die divergierenden Implementationsfolge von Erneuerbaren Energien einerseits und der *Carbon Capture and Storage Technologie* andererseits ausgewirkt haben. Dabei stehen auch regionale Governancenetzwerke im Forschungsinteresse, hier allerdings „substantiell“ verstanden als spezifische Steuerungsmechanismen jenseits von Markt und Hierarchie.⁵

¹ Philipp PATTERBERG: The role and relevance of networked climate governance, in: Frank BIERMANN, Philipp PATTERBERG and Fariborz ZELLI (eds.): *Global Climate Governance Beyond 2012. Architecture, Agency and Adaption*, Cambridge 2010, S. 146–164; Neil CRAIK: Bounded transgovernmentalism. North American Climate Governance and the lessons learned from the Security and Prosperity Partnership, in: *Procedia Social and Behavioral Sciences* vol., 2011, S. 156–166, hier S. 163–165.

² Hugh WARD : International Linkages and Environmental Sustainability. The Effectiveness of the Regime Network, in: *Journal of Peace Research* 43 (149), 2006, S. 149–166, hier S. 162; Jana von STEIN: The International Law and Politics of Climate Change. Ratification of the United Nations Framework Convention and the Kyoto Protocol, in: *Journal of Conflict Resolution* 52 (2), 2008, S. 243–268, hier: S. 256 u. 258. Allerdings kann von Stein diesen Effekt nur für das UNFCCC und nicht für das Kyotoprotokoll feststellen.

³ Gesine Foljanty JOST and Klaus JACOB: The climate change policy network in Germany, in: *European Environment* 14, (1), 2004, S. 1–15, hier S. 5–7 u. S. 13–14.

⁴ Eric JOLIVET and Eva HEISKANEN: Blowing against the wind. An exploratory application of actor network theory on the analysis of local controversies and participation processes in wind energy, in: *Energy Policy* 38 (11), 2010, S. 6746–6754, hier: S. 6748 u. 6753.

⁵ Staffan JACOBSSON and Anna LAUBER: The diffusion of renewable energy technology. An analytical framework and key issues for research, in: *Energy Policy* 28 (9), 2000, S. 625–640, hier S. 630 u. S. 636–638; Barbara PRAETORIUS and Katja SCHUMACHER: Greenhouse gas mitiga-

Während soziale Netzwerke auf lokaler, nationaler und transnationaler Ebene also ein zentraler Gegenstand der politik- und sozialwissenschaftlichen Klimaforschung sind, werden sie in der Literatur zur internationalen Energieversorgungssicherheit kaum berücksichtigt. Dies ist auffallend, da sich der Begriff der Energieversorgungssicherheit selbst inhärent auf eine gesellschaftliche Frage bezieht, auch wenn dies in seiner gängigsten Definition als „*Versorgung mit der erforderlichen Menge von Energieträgern zu wirtschaftlichen Preisen*“ nur schwach anklingt.⁶ Aber die meisten weiteren Definitionen sowohl dieses Begriffs als auch der weitergehenden gesamten Energiesicherheit, von der die Versorgung nur ein Teil ist, beinhalten einen eindeutigen Bezug auf gesellschaftliche Fragen, die auch ökologische und entwicklungspolitische Aspekte umfassen.⁷ Damit kann die Energie(versorgungs)sicherheit schon konzeptionell keinesfalls ausschließlicher Bestandteil einer rein staatlich durchzuführenden traditionellen Sicherheitspolitik sein, sondern muss in ihren vielfältigen gesellschaftlichen Einbettungen und Wechselwirkungen betrachtet werden. Dieser konzeptionellen Anforderung trägt aber die Literatur in nur geringem Maße Rechnung. Während für die verschiedenen Indikatoren zur Messung politischer Versorgungsrisiken noch argumentiert werden kann, dass sich ein staatlicher Bewertungsfokus aus dem spezifischen Evaluierungsinteresse ergibt – gleichwohl auch hier wichtige überstaatliche und transnationale Faktoren ausgeblendet werden – so kann dies für die empirische Forschung nicht gelten.⁸ Trotz der weitgehend (an)erkannten nicht-oder innerstaatlichen Versorgungsrisiken – die Literatur zu Fragen des Ressourcenfluchs, des Energieterrorismus und der Rohstoffkrieg beispielsweise ist äußerst umfangreich – konzentriert sich die eigentliche Analyse grenzüberschreitender Risikofaktoren wiederum auf rein internationale Aspekte. Sie ist dabei oft geprägt von einer – teilweise impliziten – neo-realistischen Perspektive, die (auch) Energiebeziehungen als Nullsummenspiel mächtiger Staaten um Zugang zu knapper werdenden Rohstoffen begreift, das notgedrungen zu einer höheren Konflikthanfälligkeit des internationalen Systems führt.⁹ Dem steht eine stär-

tion in a carbon constrained world. The role of carbon capture and storage, in: *Energy Policy* 37 (12), S. 5081–5093, hier: S. 5084–5086.

⁶ Als ein Beispiel für diese weit verbreitete Begriffsbestimmung sei hier genannt: Daniel YERGIN: Ensuring Energy Security, in: *Foreign Affairs* 85 (2), 2006, S. 69–82, hier S. 70–71. Allerdings weist Yergin an dieser Stelle auch daraufhin, dass die Definition an die spezifische Interessenlage entwickelter Importstaaten gebunden ist. Letztlich kann das konkrete Schutzobjekt der Energieversorgungssicherheit nur politisch und gesellschaftlich bestimmt werden und umfasst dann solche Werte und Institutionen, die von einer Mehrheit für unverzichtbar oder schützenswert erachtet werden und die durch eine gestörte Energieversorgung beeinträchtigt würden. Eine so verstandene Energieversorgungssicherheit ist dabei immer kontextabhängig und veränderlich. Darauf verweisen nicht zuletzt Autoren, die bereits die Bezeichnung der Energieversorgung als Sicherheitsproblem ablehnen. So beispielsweise: Felix CIUTA: Conceptual Notes on Energy Security. Total or Banal Security?, in: *Security Dialogue* 41 (123), 2010, S. 123–144, hier: S. 138–140.

⁷ Einen Überblick über die verschiedenen Definitionen der Energiesicherheit bietet: Benajmin K. SOVACOL: Introduction. Defining, measuring and exploring energy security, in: Ders.: *The Routledge Handbook of Energy Security*, London und New York 2011, S. 1–42, hier S. 3–6.

⁸ Einen Überblick über die verschiedenen Indikatoren der Energiesicherheit bieten: Bernd KRUYT et al.: Indicators for Energy Security, in: *Energy Policy* 37 (6); S. 2166–2181. Es fällt auf, dass auch solche Indikatoren, die politische Risiken berücksichtigen, diese ausschließlich auf der Ebene des Staates verortet sehen. So beispielsweise: Nicolas LEFEVRE: Measuring the energy security implications of fossil fuel resource concentration, in: *Energy Policy* 38 (4), 2010, S. 1635–1644, hier S. 1638–1639.

⁹ Prominente Beispiele für diese Perspektive bieten die Arbeiten von Michael T. Klare: *The New Geography of Conflict*, in: *Foreign Affairs* 80 (3), 2001, S. 49–61, hier S. 53–57; Michael T. KLARE:

ker werdende Literatur gegenüber, die internationale Energiepolitik als ein Koordinierungsproblem ansieht, das durch die Einrichtung angemessener internationaler Regime gelöst werden kann, wobei Einigkeit darüber besteht, dass die gegenwärtigen Institutionen hierfür nicht ausreichen.¹⁰ Neben grundlegenden Steuerungsproblemen wie der hohen Komplexität und der starken Pfadabhängigkeit des Energiesektors wird dabei besonders die Ausgrenzung wichtiger Akteure – besonders der Volksrepublik China, deren stärker werdende Marktmacht als wesentliche Ursache neuer Risiken betrachtet wird – als Mangel gesehen. Diese Literatur, die in der Vergangenheit primär eine Bestandsaufnahme bestehender Institutionen und Regulierungslücken geleistet hat, beginnt inzwischen, die Entwicklung und Wirkung internationaler Institutionen im Energiesektor sozialwissenschaftlich zu analysieren. Einige Autoren nähern sich dabei dem Begriff des Regimekomplexes (noch) aus einer eher metaphorischen Perspektive an und versuchen, dessen Entwicklung mit Analogien aus der Evolutionsbiologie zu untersuchen.¹¹ Dagegen haben Paul Thurner und Michael Hatzhold diese Entwicklung netzwerkanalytisch erhoben, wobei sie die Struktur der weltweiten Energiegovernance als aus Regimen und Staaten bestehendes Affiliationsnetzwerk auffassen.¹² Ihre Analyse der institutionellen Beziehungen und der aus ihnen resultierenden Einflusspotentiale zeigt nicht nur den wegweisenden Beitrag auf, den die Netzwerkanalyse für die internationale Energieforschung leisten kann. Sie verweist zugleich darauf, wie wichtig eine schlüssige Verbindung von methodisch orientierter Grundlagenforschung und politikpraktisch relevanten Zielsetzungen gerade in einem stark diskutierten Bereich wie der Energieversorgungssicherheit ist. Besonders ihre Erkenntnis, dass sich Russlands ohnehin zentrale Rolle auf den weltweiten Energiemärkten auch in seiner bedeutenden Schlüsselstellung im Regimekomplex widerspiegelt, findet sich bisher nirgendwo in der stark auf Russland ausgerichteten politikberatenden Diskussion.¹³ Dabei müsste aufgrund dieser Erkenntnis nicht nur Russlands gesamte Rolle in der Energiegovernance, sondern auch seiner Politik gegenüber spezifischen internationalen Regimen wie besonders dem Energiechartavertrag wohl zumindest in Nuancen neu bewertet werden. Für die transnationalen Unternehmensbeziehungen führte bisher nur Nana de Graaf Netzwerkanalysen durch. Sie stellte fest, dass sich die Staatsunternehmen der Produzenten und neuen Konsumenten zunehmend mit den etablierten Energiefirmen

Resource Wars. The New Landscape of Global Conflict, New York 2001, hier: S. 1–26 u. 213–226; Michael T. KLARE: The Race for What's Left. The Global Scramble for the World's Last Resources, New York 2012.

¹⁰ Einige wichtige Beispiele sind: Aleh CHERP, Jessica JEWELL and Andreas GOLDTHAU: Governing Global Energy. Systems, Transitions, Complexity, in: Global Policy 2 (1), 2011, S. 75–88, hier S. 81–82; S. Ann FLORINI and Benjamin K. SOVACOL: Bridging the Gaps in Global Energy Governance, in: Global Governance 17 (1), 2011, S. 57–74, hier: S. 59–60 u. 69–70; Dies.: Who governs energy? The challenges facing global energy governance, in: Energy Policy 37 (12), 2009, S. 5239–5248, hier S. 5246–5247; David G. VICTOR and Linda YUEH: The New Energy Order, in: Foreign Affairs 89 (1), 2010, S. 61–73; Dries LESAGE, Thijs VAN DE GRAAF, Kirsten WESTPHAL: Global Energy Governance in a Multipolar World, Farnham u. Burlington 2010, hier: 51–72; S. Andreas GOLDTHAU, Jan Martin WITTE: The Roles of Rules and Institutions in Global Energy. An Introduction, in: Dies.: Global Energy Governance. The New Rules of the Game, Berlin u. Washington D.C. 2010, S. 1–21, hier: S. 6–12.

¹¹ Jeff COLGANE, Robert O. KEOHANE and Thijs VAN DE GRAAF: Punctuated Equilibrium in the energy regime complex, in: Review of International Organizations 7 (2), 2012, S. 117–143.

¹² Paul W. THURNER, Alexander HATZOLD: Global Energy Governance – a Network Perspective. Paper für die Conference on Political Network Analysis, 2010, Duke University.

¹³ Ebd., S. 24.

der OECD-Staaten verflechten, wobei sich die neuen Beziehungen in erster Linie auf den Upstreamsektor – also die Verwertung von der Förderung bis zur Umwandlung – beziehen.¹⁴ Dies ist eine wichtige Ergänzung der Literatur zur internationalen Energiebeziehungen, die regelmäßig auf die Verflechtung zwischen exportierenden und importierenden Unternehmen fokussiert.

Die Arbeiten von Paul W. Thurner und Alexander Hatzold sowie von Nana de Graaf zeigen den großen Mehrwert auf, den Netzwerkanalysen in der Forschung zu internationalen Energiebeziehungen leisten können. Insgesamt steht die energiewissenschaftliche Anwendung dieser Methode für die internationale Ebene aber noch an den Anfängen.

Während die genannten Arbeiten wichtige Aspekte nationaler Energieversorgungssicherheit und weltweiter Energiegovernance beleuchten, steht neben der transnationalen Ebene auch eine im eigentlichen Sinne systemische Betrachtung noch aus. Eine solche Betrachtung müsste erklären, wie sich Entwicklungen innerhalb des Teilbereichs „Energiepolitik“ auf die Gesamtstruktur des internationalen Systems auswirken. Hierfür bieten sich neben der bekannten Weltsystemtheorie Immanuel Wallersteins auch neuere netzwerkanalytische Perspektiven auf die Internationalen Beziehungen an.¹⁵ Dies gilt besonders für den von Zeev Maoz entwickelten Ansatz der *Networked International Politics*, der das internationale System als ein Geflecht untereinander verbundener Netzwerke begreift.¹⁶ Zwar geht Maoz nicht explizit auf das Politikfeld „Energie“ an sich ein, stellt aber wichtige Wechselwirkungen zwischen dem Netzwerk strategischer Handelsbeziehungen einerseits und der Konflikthanfälligkeit des internationalen Systems andererseits fest.¹⁷ Diese Wechselwirkungen zwischen Netzwerken auf verschiedenen Ebenen sind nicht nur für das energiepolitische Feld, sondern für die Teildisziplin der Internationalen Beziehungen insgesamt bedeutsam.

Außer Nana de Graaf beziehen sich alle genannten Autoren auf die Ebene des internationalen Systems, analysieren also die Netzwerke von Staaten und gegebenenfalls Internationalen Organisationen. Die Beziehungen von Unternehmen, Verbänden und politischen Untereinheiten klammern sie aus. Zugleich sind diese transnationalen – bei Unternehmen – beziehungsweise intergouvernementalen – bei politischen Einheiten – Beziehungen wesentlich für die internationale Energiepolitik. Energieunternehmen sind nicht nur wichtig für den Energiehandel und in der Bewältigung von Energieversorgungskrisen, in der sie teilweise effizienter agieren als die Politik.¹⁸ Dagegen ist heftig umstritten, wie sich ihre transnationalen Beziehungen energieaußenpolitisch auswirken: Während die Befürworter einer Verflechtungsthese annehmen, dass sie die internationalen Energiebeziehungen

¹⁴ Nana DE GRAAF: A global energy network? The expansion and integration of non-triad national oil companies, in: *Global Networks* 11(2), 2011, S. 262–283, hier S. 275 u. S. 278–280.

¹⁵ Immanuel WALLERSTEIN: *The Modern World-System. Capitalist Agriculture and the Origins of the European World-Economy in the Sixteenth Century*, New York, San Francisco, and London 1974.

¹⁶ Zeev MAOZ: *Networks of Nations. The Evolution, Structure and Impact of International Networks, 1816–2011*, Cambridge u. a. 2011, hier: S. 179–185 u. 333–359.

¹⁷ Ebd., S. 37–371.

¹⁸ So Simon PIRANI, Jonathan STERN und Katja YAFIMAVA: *The Russo-Ukrainian Gas Dispute of January 2009. A comprehensive assessment*, Oxford 2009, S. 47–49 u. 60–61.

stabilisieren, befürchten Anhänger eines Abhängigkeitsszenarios, dass sie das Erpressungspotential der Energieexporteure vergrößern.¹⁹

Darüber hinaus ist aber auch insgesamt unklar, wie transnationale und innerstaatliche Netzwerke mit dem internationalen System wechselwirken. Diese Wechselwirkungen zu erfassen und zu analysieren ist eine der wesentlichen Aufgaben netzwerkanalytischer Forschung zu den Internationalen Beziehungen.²⁰

Die integrierte Betrachtung transnationaler Netzwerke und zwischenstaatlicher Beziehungen – nicht nur im Energiesektor – lässt also Beiträge auf zwei Ebenen erwarten: Erstens in Hinblick auf die Auswirkungen der Interorganisationsbeziehungen auf konkrete bilaterale Energiebeziehungen zwischen Exporteuren und Importeuren in Hinblick auf ihren Beitrag zur Stabilisierung von Energiebeziehungen einerseits, sowie auf die Verteilung von Machtressourcen andererseits. Aber auch zweitens in Hinblick auf die Positionierung der energiehandelnden Staaten in der Gesamtstruktur des Weltsystems.

Der vorliegende Aufsatz möchte einen ersten Schritt machen, um diesen Beitrag zu leisten. Dabei verfolgt er die folgenden konkretisierten Forschungsfragen: 1. Verringern die engen Kooperationsbeziehungen zwischen deutschen und russischen Akteuren tatsächlich die Konflikthanfälligkeit der bilateralen Energiebeziehungen? 2. Beeinflussen die Unternehmensbeziehungen die Verteilung von Kosten und Gewinnen in den deutsch-russischen Energiebeziehungen?

Diese Fragen möchte der Aufsatz durch eine qualitativ-interpretative Fallstudie beantworten, wobei er die deutsch-russischen Erdgasbeziehungen in den Jahren 2000 bis 2007 als *critical case* behandelt. Der Fokus auf die deutsch-russischen Energiebeziehungen ergibt sich aus der oft unterstellten (zu) großen Nähe der deutschen Gasimportunternehmen zum staatlichen russischen Exportmonopolisten Gazprom, die auch in der internationalen Debatte oft stark kritisiert wird. Der zeitliche Fokus ergibt sich aus den grundlegenden Veränderungen während der berücksichtigten Jahre. Diese umfassen mit dem Regierungswechsel nach der Bundestagswahl des Jahres 2006 und der kontinuierlichen Festigung der Machtposition Vladimir Putins und seiner Verbündeten nicht nur wichtige politische Entwicklungen. Mit ihnen richteten sich auch die deutsch-russischen Energiebeziehungen grundlegend neu aus, bei der nun zunehmend die gegenseitige Verflechtung mit wichtigen Gaslieferanten, besonders Russland und Gazprom, im Mittelpunkt stand. Wie gezeigt werden wird, stärkte der Versuch, diese Strategie umzusetzen, tatsächlich die Verhandlungsposition Gazproms und trug langfristig zum endgültigen Scheitern von E.ON Ruhrgas als ihrem wichtigstem vorgesehenen Agenten bei.

¹⁹ Für die Verflechtungsthese vgl. ebd., S. 60; Andreas GOLDTHAU: Rethoric versus Reality. Russian Threats to European Energy Supply, in: Energy Policy 38 (2), 2008, S. 686–692, hier S. 690; für die politischen Aspekte siehe Frank-Walter STEINMEIER: Interaction and Integration. A new phase of Ostpolitik. Globalization demands interaction, not isolationism, in: Internationale Politik, Frühjahr 2007, S. 50–55, hier S. 53; Für die Abhängigkeitsthese vgl. Frank UMBACH: Global energy security and the implications for the EU, in: Energy Policy 38 (3), 2010, S. 1229–1240; Jonas GRATZ: Energy Relation with Russia and Gas Market Liberalization, in: Internationale Politik und Gesellschaft 2009 (3), 2009, S. 66–80, hier S. 66–69.

²⁰ MAOZ: Networks of Nations (wie Anmerkung 16), S. 375.

Der Rest des Aufsatzes ist wie folgt aufgebaut: Zunächst beschreibe ich das methodische Vorgehen in der Untersuchung. Auf einen kurzen Überblick über die Grundstrukturen der deutsch-russischen Energiebeziehungen folgen die wesentlichen Ergebnisse der Netzwerkanalyse. Aufgrund einer Chronologie der beiden untersuchten Verhandlungen stelle ich schliesslich meine Ergebnisse vor.

Theorie, Methode, Hypothesen

Der folgenden Untersuchung liegen zwei Hypothesen zugrunde: 1. Das Konfliktniveau einer Beziehung nimmt ab, je dichter, stärker und vielfältiger die Kontakte zwischen den Beteiligten sind. 2. Je besser ein Akteur in einem Beziehungsnetzwerk positioniert ist, desto stärker prägen seine Präferenzen die Verhandlungsergebnisse innerhalb dieses Netzwerks. Beide Hypothesen wiederholen den netzwerkanalytischen Forschungsstand und dienen insofern eher dazu, die empirische Darstellung entlang der beiden Fragestellungen zu strukturieren als tatsächlich Gegenstand wissenschaftlicher Überprüfung zu sein.

Die Untersuchung, auf der die folgenden Abschnitte aufbauen, wurde als qualitativ-interpretative Einzelfallstudie angelegt, wobei die deutsch-russischen Beziehungen im Gassektor als *critical case* für Struktur und Wirkung von energiewirtschaftlichen Interorganisationsnetzwerken betrachtet wurden.²¹ Allerdings enthielt die Fallstudie in zweierlei Hinsicht vergleichende Elemente: Einerseits erhob sie zunächst jeweils die Interorganisationsnetzwerke in Russland und Deutschland und verglich diese untereinander. Daran anschließend führte sie die beiden nationalen Netzwerke zu einem transnationalen Gesamtnetzwerk zusammen, indem sie die grenzüberschreitenden Kontakte der Akteure ergänzte. Dieses transnationale Gesamtnetzwerk konnte dann mit den beiden nationalen verglichen werden. Dieses Vorgehen ließ es allerdings eher zu, Rückschlüsse darüber zu ziehen, wie sich grenzüberschreitende Kontakte auf zunächst nationale Beziehungssysteme auswirken, als dass es einen tatsächlichen methodischen Vergleich zur Beantwortung der Forschungsfragen erlaubt hätte.

Andererseits erhob die Fallstudie die drei Netzwerke – die beiden nationalen und das transnationale – jeweils zu drei unterschiedlichen Zeitpunkten: Anfang 2002, Ende 2004 und Anfang 2007. Der Vergleich der drei chronologischen Schnitte erlaubte es, zu untersuchen, ob und wie sich die Struktur der Interorganisationsnetzwerke auf wichtige politische und wirtschaftliche Veränderungen in den untersuchten Staaten ausgewirkt haben, beziehungsweise selbst von diesen beeinflusst wurden. Auch diese diachrone Vergleichsebene erlaubte es aber nur, die Hypothesen zu konkretisieren, um sie in einer noch ausstehenden Studie, die tatsächlich die Interorganisationsnetzwerke in zumindest zwei unterschiedlich konfliktbelasteten Energiebeziehungen miteinander vergleicht, systematisch zu überprüfen.

Die Fallstudie bezog sich auf die miteinander verbundenen Verhandlungen zur *Nord Stream Pipeline* und dem Gasfeld *Yuzhno Russkoe*. Diese bildeten in zweierlei Hinsicht einen *critical case* der deutsch-russischen Gasbeziehungen: Nicht nur behandelte sie die deutsche Debatte als symptomatisch für wahrgenommene Mängel dieser Beziehungen.

²¹ Zur Fallstudienmethode: Arend LIJPHART: Comparative Politics and the Comparative Method, in: The American Political Science Review 65 (3), 1971, S. 682–693, hier S. 692. Zu Interorganisationsnetzwerken vgl. beispielsweise Ranjay GULATI und Martin GARGIULO: Where Do Interorganizational Networks Come From?, in: The American Journal of Sociology 104 (5), 1999, S. 1439–1469.

Sie betrafen zugleich strategische Bestandteile sowohl der deutschen energieaußenpolitischen Verflechtungspolitik als auch der russischen Gasexportziele. Die wesentlichen Strukturmerkmale der Interorganisationsnetzwerke ergaben sich aus etablierten netzwerkanalytischen Indikatoren. Dichte, Stärke und Vielfalt von Beziehungen ergaben sich einerseits aus den Kontaktdaten selbst, die in Netzwerkkarten visualisiert und interpretiert wurden. Andererseits folgten die entsprechenden Werte für das jeweilige Gesamtnetzwerk aus den Messwerten für Dichteindikatoren, die angeben, wie viele der theoretisch möglichen Beziehungen tatsächlich vorhanden sind. Die Suche nach 2-Cliquen erlaubte es, Rückschlüsse über besonders eng verbundene Akteurguppen innerhalb dieses Netzwerks zu ziehen. 2-Cliquen sind Gruppen im Netzwerk, deren Mitglieder untereinander immer entweder einen direkten Kontakt haben oder über nur einen einzigen weiteren Akteur verbunden sind.²² Aufgrund einer Einteilung anhand der unterschiedlichen Mitgliedschaften in 2-Cliquen ergab sich für die Untersuchung die in der Tabelle angeführte Typologie.

Auch die Einflussmöglichkeiten einzelner Akteure folgten aus zwei netzwerkanalytischen Indikatoren: Zentralität und *brokerposition* oder Maklerposition. In der hier eingesetzten Variante gibt die Zentralität eines Akteurs an, wie oft andere Netzwerkmitglieder auf seine Vermittlung angewiesen sind, um zueinander in Kontakt treten zu können. Dies wird technisch als *betweenness*-Zentralität bezeichnet.²³ Als Makler kann ein Akteur dann agieren, wenn er zwei andere Akteure oder Gruppen miteinander verbindet, die sonst entweder gar keine oder nur sehr indirekte Kontakte zueinander haben. Die Netzwerkanalyse bietet hierfür zwei Indikatoren an: Die effektive Netzwerkgröße misst, wieviel unterschiedliche Gruppen ein Akteur miteinander verbindet; die Einschränkung gibt an, wie leicht diese Gruppen den Akteur umgehen können. Je höher die effektive Netzwerkgröße und je geringer die Einschränkung, desto stärker ist die Maklerposition dieses Akteurs.²⁴

2-Cliquen-Typus	Zusammensetzung
Einfache 2-Clique	Nur politische oder nur wirtschaftliche Mitglieder aus nur einem der Staaten
Gemischte 2-Clique	Sowohl politische als auch wirtschaftliche Mitglieder aus nur einem der Staaten
Transnationale 2-Clique	Nur politische oder nur wirtschaftliche Mitglieder aus beiden Staaten
Gemischte transnationale 2-Clique	Sowohl politische als auch wirtschaftliche Mitglieder aus beiden Staaten

Die erforderlichen Daten ergaben sich durchgehend aus veröffentlichten Dokumenten wie Geschäftsberichten, Mitgliedsverzeichnissen, Organigrammen etc. Es wurde versucht, weitere und tiefergehende Daten über Fragebögen und Interviews zu erheben. Leider blieb der Rücklauf deutlich hinter der für eine Gesamtnetzwerkanalyse erforderlichen

²² Richard D. ALBA: A Graph-Theoretic Definition of a Sociometric N-Clique, in: Journal of Mathematical Sociology 3 (3), S. 113–126, hier S. 119.

²³ Vgl. Linton C. FREEMAN: Centrality in Social Networks. Conceptual Clarification, in: Social Networks 1 (3), 1979, 215–239, hier: S. 221. und ders.: A Set of Measures of Centrality Based on Betweenness, Sociometry 40 (1), 1977, S. 35–41, hier S. 36.

²⁴ Ronald S. BURT: Structural Holes. The Social Structure of Competition. Cambridge 1992, S. 13–23.

Menge zurück, wobei gerade die wichtigsten Akteure unter Hinweis auf die Vertraulichkeit der erfragten Informationen keine Antwort gaben. Ersatzweise wurden persönliche Beziehungen zwischen Individualakteuren aus deren Lebensläufen rekonstruiert, wobei gemeinsame Karrierestationen als Beleg für eine persönliche Beziehungen bereits vor dem Erhebungszeitraum betrachtet wurden. Die Qualität der persönlichen Beziehung konnte teilweise aus der Literatur zu personellen Elitenetzwerken erhoben werden.²⁵ Insgesamt ergab sich aus diesem Vorgehen eine ungefähre Annäherung an das personelle Netzwerk. Die Daten zu den beiden Verhandlungen wurden aus öffentlichen Quellen sowie persönlichen und schriftlichen Interviews mit Repräsentanten wichtiger beteiligter Akteure entnommen.

Das Netzwerk habe ich positional abgegrenzt, also alle Organisationen mit formaler Zugehörigkeit zum Energiesektor berücksichtigt. Dies beinhaltete die großen Energieunternehmen ebenso wie die energiepolitisch entscheidungskompetenten Ministerien, die entsprechenden Ausschüsse von Bundestag, Bundesrat, Duma sowie Föderationsrat und die intermediären Verbände der (auch) energiewirtschaftlichen Interessenvermittlung, also die jeweiligen Wirtschaftsvereinigungen und Gewerkschaften. Zusätzlich habe ich allgemeinpolitisch wichtige Institutionen wie die Vorstände und energiepolitisch relevanten Entscheidungsgremien der jeweils im Bundestag und der Duma vertretenen Parteien berücksichtigt. Die Abgrenzung bezog sich ausschließlich auf die nationale Ebene, sodass regionale Körperschaften und Unternehmen ausgeklammert wurden. Dies wurde forschungspragmatisch allein schon durch die Vielfalt der deutschen kommunalen und regionalen Energieversorger gefordert, deren vielfältigen Verflechtungen untereinander und mit den großen Energieunternehmen insgesamt noch ein wichtiger Forschungsgegenstand sein müssen. Die so ermittelten korporativen Netzwerkmitglieder habe ich in einem zweiten Schritt in ihre wichtigen individuellen Repräsentanten „zerlegt“, also entweder in ihre gesamte Mitgliedschaft oder zumindest in die Mitglieder der wichtigsten Entscheidungsgremien, für Unternehmen also Vorstand und Aufsichtsrat.

Als Beziehungen habe ich alle Kontakte zwischen Firmen, politischen Organen und intermediären Akteuren berücksichtigt die sich entweder aus einer organisatorischen Zuordnung – Firmenbeteiligungen, Verbandsmitgliedschaften, bürokratische Kompetenzzuge oder politische Entscheidungswege – ergaben oder über einen gemeinsamen Individualakteur hergestellt wurden. Der wichtigste Fall dieser individuell vermittelten Kontakte war in beiden nationalen Netzwerken die gleichzeitige Mitgliedschaft eines Einzelnen in verschiedenen energiepolitisch wichtigen Aufsichts- und/oder Verwaltungsräten.

Die Netzwerkabgrenzung führte zu einer symmetrischen Kontaktmatrix der korporativen Netzwerkmitglieder, die auch die erhobenen direkten korporativen und personellen Kontakte beinhaltete. Die zunächst in Excel erstellte Matrix bot schließlich auch die Datengrundlage für die in UCInet durchgeführte Netzwerkanalyse.²⁶ Diese erfolgte in Hinblick auf die grundlegenden netzwerkanalytischen Indikatoren für Koordinierungsfähigkeit und Einflussmöglichkeiten: Dichte, Netzwerkzentralisierung, 2-Cliquen, Akteurzentralität und Maklerpositionen. Die Netzwerkkarten habe ich mit dem in UCInet integrierten Visualisierungsprogramm Netdraw erstellt.

²⁵ Vgl. beispielsweise Olga KRYSHANOVSKAYA and Stephen WHITE: Inside the Putin Court. A Research Note, in: *Europe-Asia Studies* 57 (7), S. 1065–1075.

²⁶ Steve P. BORGATTI, Martin G. EVERETT, and Linton C. FREEMAN: *Ucinet for Windows. Software for Social Network Analysis*, Harvard 2002.

Diese Schritte ergaben zunächst die wesentlichen Strukturmerkmale für die beiden nationalen Politiknetzwerke im Energiesektor. Diese wurden dann aufgrund derselben Beziehungsdefinition um die transnationalen Kontakte zwischen Akteuren aus beiden nationalen Netzwerken ergänzt, wobei zugleich permanente Kooperationsbeziehungen zwischen funktional äquivalenten Ministerien unterstellt wurden. Diese Erweiterung der Beziehungsdefinition verhinderte es, die Netzwerkanalyse künstlich zugunsten der privaten Akteure zu verzerren.

Das resultierende transnationale Netzwerk wurde mit derselben Methode analysiert wie die beiden nationalen Netzwerke. Diese Schritte wurden jeweils für jeden der drei chronologischen Schnitte in den Jahren 2002, 2004 und 2007 durchgeführt. Um die Forschungsfragen zu beantworten, wurden die resultierenden Strukturmerkmale sowohl miteinander als auch mit dem Verlauf der beiden Referenzverhandlungen verglichen.

Die deutsch-russischen Gashandelsbeziehungen

Deutschland und Russland sind füreinander die wichtigsten Handelspartner für Erdgas, wobei der russische Anteil an den deutschen Importen von 2002 bis 2007 überwiegend zwischen 40 und 43 Prozent lag.²⁷ Umgekehrt gingen in demselben Zeitraum zwischen 24 und 25,5 Prozent der russischen Gasexporte nach Deutschland, was absoluten Volumina zwischen 31,5 und 38 Milliarden Kubikmetern entsprach.²⁸

Russland verfügte zwischen 2002 und 2007 mit Volumina zwischen 42,3 und 43,3 Milliarden Kubikmetern über die größten Gasreserven weltweit – und zwar zwischen 27,4 und 24,5 Prozent der weltweiten Reserven.²⁹ Allerdings haben die erschlossenen Gasfelder ihre Spitzenproduktion überschritten und es sind umfangreiche Investitionen erforderlich, um die Gasexporteure auf ihrem gegenwärtigen Niveau zu stabilisieren.

Der russische Gasmarkt ist von der dominierenden Position Gazproms geprägt. Diese hat nicht nur das Monopol auf alle russischen Gasexporte, sondern kontrolliert auch den Zugang zum russischen Pipelinesystem, das sich in ihrem Eigentum befindet.³⁰ Es ist zudem an dem größten „unabhängigen“ Erdgasproduzenten Novatek beteiligt und entsendet Vertreter in dessen Aktionärsausschuss.³¹ Der russische Staat hält eine Mehrheit an Gazprom, dessen rechtlichen Anteile allerdings auch an der Börse gehandelt werden. Der Vorstandsvorsitzende Alexej Miller ist wie viele Mitglieder der russischen Elite ein Weggefährte Putins aus dessen Zeit in der Stadtverwaltung von St. Petersburg, Vorsitzender des

²⁷ Nach Angaben des BMWi lag der Wert im Jahr 2003 einmalig bei 44 Prozent. BMWi: Aufkommen und Energieverbrauch von Naturgas, 2012, <http://www.bmwi.de/BMWi/Navigation/Energie/Statistik-und-Prognosen/Energiedaten/energietraeger.html> (zuletzt besucht am 22. Februar 2012).

²⁸ BP: BP Statistical Review of World Energy, London 2008, S. 30; BP: BP Statistical Review of World Energy, London 2007, S. 30; BP: BP Statistical Review of World Energy, London 2006, S. 30; BP: BP Statistical Review of World Energy, London 2005, S. 28; BP: BP Statistical Review of World Energy, London 2004, S. 28, und BP: BP Statistical Review of World Energy, London 2003, S. 28.

²⁹ BP: BP Statistical Review of World Energy. Historical Data, <http://www.bp.com/sectionbodycopy.do?categoryId=7500&contentId=7068481>, (Stand: 09.05.2012). Die Werte für 2010 liegen bei 44,8 Milliarden Kubikmetern und 23,9 Prozent. Damit verfügt Russland auch weiterhin über die größten konventionellen Gasreserven. BP: BP Statistical Review of World Energy, London 2011, hier: S. 20.

³⁰ RUSSISCHE FÖDERATION: Federal'nyj Zakon. Ob eksporte gaza, Moskau 2006.

³¹ OAO NOVATEK: Godovoj Obzor 2006, Tarko-Sale 2007.

Aktionärsausschusses war im Untersuchungszeitraum Dmitrij Medvedev. Diese Staatsnähe bringt auch Nachteile für Gazprom: Die staatlich regulierten niedrigen Erdgaspreise auf dem russischen Binnenmarkt gelten für kein anderes Unternehmen. Politisch ist, neben dem Energieministerium, besonders die Kommission für den Treibstoff- und Energiesektor bedeutend, in der alle relevanten Ministerien und Unternehmen vertreten sind. Leiter dieser 2005 gegründeten Kommission war im Untersuchungszeitraum der gegenwärtige Vorstandsvorsitzende des staatlichen Ölkonzerns Rosneft, Igor Sechin.

Strukturmerkmale des deutsch-russischen Interorganisationsnetzwerks

Dichte und 2-Cliquen dienten als Indikatoren für die Intensität der Verflechtung deutscher und russischer Akteure. Der Dichtewert blieb über alle drei chronologische Schnitte hinweg stabil um einen Wert von 0,03. Dies, obwohl die Zahl der Beziehungen im Gesamt-Netzwerk deutlich zunahm und zwar von 742 im Jahr 2002 auf 806 im Jahr 2007.

	2002	2004	2007
Einfache nationale 2-Cliquen	49	60	55
Gemischte nationale 2-Cliquen	111	223	139
Einfache transnationale 2-Cliquen	53	60	72
Gemischte transnationale 2-Cliquen	55	93	69
Gesamt	268	436	335

Vielfältige Verbindungen politischer und wirtschaftlicher Akteure kennzeichneten die innere Struktur des Netzwerks. In den meisten 2-Cliquen war zumindest je ein Vertreter einer der beiden Gruppen Mitglied. Dies galt sowohl für alle 2-Cliquen insgesamt, als auch für solche Teilgruppen, in denen sowohl deutsche als auch russische Akteure vertreten waren. Der Grund dafür war die innere Struktur des russischen Netzwerks, das wegen der staatswirtschaftlichen Organisation des Energiesektors naturgemäß viele gemischte 2-Cliquen aufwies. Diese wurden zudem immer wichtiger: Im Jahr 2007 stellten sie über 90 Prozent aller russischer Teilgruppen. Dementsprechenden bestanden auch die allermeisten transnationalen 2-Cliquen mehrheitlich aus russischen Firmen oder politischen Instanzen, während deutsche Akteure oft nur vereinzelt auftraten und regelmäßig in der deutlichen Minderzahl waren. Einschränkend muss zwar berücksichtigt werden, dass einige dieser Gruppen durch die unterstellten Kooperationsbeziehungen zwischen funktional äquivalenten Ministerien zustande kamen, die eine harte Beziehungsdefinition nicht berücksichtigt hatte. Der Befund russisch dominierter transnationaler 2-Cliquen gilt aber auch für die Einbindung deutscher Gasfirmen, die durch ihre Zusammenarbeit mit Gazprom erfolgte. Über diese wirtschaftlichen Kontakte erhielten auch Energieunternehmen jenseits des Gassektors indirekten Zugang zu russischen Akteuren, beispielsweise die damaligen Kohleunternehmen RAG und STEAG. Deutsche Akteure waren in nur wenigen 2-Cliquen die Mehrheit, wobei die übrigen Mitglieder durchgehend dem staatswirtschaftlichen Zentrum des russischen Energiesektors entstammten. Auffällig war weiterhin, dass die beiden deutschen Gasunternehmen keine Mitglieder in 2-Cliquen waren, zu denen nicht auch Gazprom gehört hätte.

	2002	2004	2007
Tochterunternehmen	9	12	13
Transnationale	4	5	8
Gemeinschaftsunternehmen			
Andere Unternehmen	5	5	4
Parteien und	4	4	4
Verbände			
Politische Akteure	5	8	6
Gesamt	27	34	35

Die Bedeutung russischer politischer Akteure zeigte sich auch in den direkten Kontakten der drei transnational wichtigsten Gasunternehmen: Gazprom, E.ON Ruhrgas und Wintershall. Unter diesen bildeten die Kontakte innerhalb der eigenen Unternehmensfamilie erwartungsgemäß die mit Abstand größte Gruppe. Die intermediären Akteure waren durch die russische Betriebsgewerkschaft Rogwu-Gazprom sowie durch die Unternehmensverbände RSPP, BGW und den Ostausschuss der deutschen Wirtschaft vertreten. Unter den externen Unternehmen hatten die russischen Firmen Transneft und EES Rossij sowie die deutschen Unternehmen VNG und RAG durchgehend direkte Kontakte. Der Kontakt der STEAG entfiel im Jahr 2007. Dass die Kontakte zu transnationalen Gemeinschaftsunternehmen zunahmen, lag daran, dass sich Gazprom und Wintershall zunehmend miteinander verflochten. E.ON Ruhrgas fügte hier lediglich die Nord Stream AG, die die gleichnamige Pipeline betreibt, zu ihren direkten Kontakten hinzu, an der allerdings auch Wintershall beteiligt war. Nur Gazprom hatte direkte Kontakte zu politischen Akteuren, die dementsprechend durchgehend russisch waren. Die deutschen Firmen waren indirekt an sie angebunden.

Dass die russischen politischen Akteure im Jahr 2004 die meisten direkte Kontakte zu den Gasunternehmen hatte, stimmt mit der in diesem Jahr besonders starken Position Gazproms im russischen Netzwerk überein, die sich auch in ihrer Zentralität und ihrer Maklerposition zeigte. Auch hatte Gazprom im Jahr 2004 die meisten Kontakt zu Mitgliedern der Präsidentschaftsverwaltung, die sonst weniger oft als die energiepolitisch eigentlich zuständige russische Regierung vertreten waren.

Von den deutschen Unternehmen hatte nur E.ON Ruhrgas über ihre Kapitalbeteiligung einen direkten Kontakt zu Gazprom. Dabei hielt das deutsche Unternehmen 3,5 Prozent bis 2008 der Gazpromanteile direkt, während weitere 3 Prozent bei einem Gemeinschaftsunternehmen lagen, an dem Gazprom selbst mit 51 Prozent und das deutsche Unternehmen mit 49 Prozent beteiligt waren. Wegen dieser Beteiligung konnte E.ON Ruhrgas auch während des Untersuchungszeitraums das einzige nichtrussische Mitglied im Direktorenrat Gazproms stellen. Die Beziehungen zwischen Gazprom und Wintershall waren vielfältiger, aber verliefen größtenteils indirekt über eine Reihe von Gemeinschaftsunternehmen. Hierzu gehörten neben den Förderprojekten Achimgaz und später Yuzhno Russkoje sowie der WINGAS GmbH auch die beiden Gashandelsfirmen Wintershall Erdgas Handelshaus und Wintershall Erdgashandelshaus Zürich. Weitere Gemeinschaftsprojekte der beiden Firmen betrafen später zwei Anbindungsleitungen für die *Nord Stream Pipeline* und einen Gasspeicher im österreichischen Haidach.

Die Durchsetzungsfähigkeit einzelner Akteure ergab sich zunächst aus ihrer *betweenness*-Zentralität. Hier zeigte Gazprom ab dem Jahr 2004 die höchsten Werte und

löste damit den russischen Unternehmensverband RSPP ab. Die deutschen Akteure waren nicht nur insgesamt deutlich weniger zentral als die russischen: Es gelang auch keinem von ihnen, im deutschen Vergleich dauerhaft die höchsten Werte zu behaupten. Die zentralste Position fiel 2002 der RAG und 2007 dem Ostausschuss der deutschen Wirtschaft zu. Nur 2004 nahm mit E.ON ein Unternehmen mit Aktivitäten im Gassektor diesen Platz ein. Auch sie kam aber insgesamt nur auf den vierten Platz. Die Zentralität beider deutscher Unternehmen verbesserte sich kontinuierlich, wobei Wintershall E.ON Ruhrgas im Jahr 2007 überholte.

Auch die stärksten Maklerpositionen wurden durchgehend von russischen Akteuren besetzt. Allerdings waren in den drei Jahren unterschiedliche Akteure am besten positioniert: 2002 der RSPP, 2004 Gazprom und 2007 die neu gegründete Energiekommission. Wird jedoch die materielle Ressourcenausstattung mitberücksichtigt, so nahm Gazprom auch 2002 die stärkste Maklerposition ein. Unter den deutschen durchsetzungsfähigen Akteuren war nur 2004 ein Energieunternehmen in der besten Maklerposition, nämlich E.ON. In den anderen Jahren nahmen das BMWi beziehungsweise die RAG diesen Platz ein

	2002	2004	2007
Stärkster Makler	RSPP (29/0,11)	Gazprom (21/0,126)	Regierungskommission (30/0,114)
Stärkster durchsetzungsfähiger Makler	Regierung RF (17/0,129)	<i>Ebenso</i>	Gazprom (22/0,129)
Stärkster deutscher Makler	BT AWT (16,0,203)	KfW (18/0,168)	KfW (13/0,161)
Stärkster durchsetzungsfähiger deutscher Makler	BMWi (11,833/0,101)	E.ON (13/0,281)	RAG (12/0,255)

(NB: Die Zahlen stehen für effektive Netzwerkgröße/Einschränkung)

Die enge Verflechtung politischer und wirtschaftlicher Akteure, die auf verschiedene Weise stärkere Positionierung russischer Akteure sowie die unterschiedlichen Beziehungen der deutschen Unternehmen zu Gazprom, ohne dass sie untereinander enge Beziehungen unterhalten hatten, prägten das deutsch-russische Interorganisationsnetzwerk. Sofern die Hypothesen zutreffen, müssten sich daher die bilateralen Beziehungen weitgehend konfliktfrei gestalten und eher russische Präferenzen widerspiegeln. Der folgende Abschnitt prüft dies anhand der beiden Referenzverhandlungen.

Die Verhandlungen zur *Nord Stream Pipeline* und dem Gasfeld *Yuzno Russkoye*. Die bekannte *Nord Stream Pipeline* bildet den *off-shore* Abschnitt eines vom Gasfeld Shtockman im Weißen Meer kommenden Pipelinesystems, das die Anbindungsleitungen OPAL und NEPAL in Deutschland fortsetzen. Die beiden Röhrenstränge ermöglichen es, 55

Milliarden Kubikmeter über eine Strecke von 1.200 km vom russischen Vyborg zum ost-deutschen Lubmin zu transportieren. Ein Ausbau zusätzlich zur zweiten Leitung, die sich gegenwärtig im Testbetrieb befindet, wird diskutiert.³²

Das in der gut erschlossenen westsibirischen Förderregion Yamal gelegene Gasfeld *Yuzhno Russkoye* weist gesicherte Reserven in Höhe von circa 1034 Milliarden Kubikmetern auf und hat eine Spitzenproduktion von 25 Milliarden Kubikmetern pro Jahr. Es ist über eine 917 Kilometer lange Pipeline an *Nord Stream* angeschlossen.³³

Bei den Verhandlungen der beiden Projekte liefen auf deutscher Seite politische und wirtschaftliche Interessen zusammen, wobei es aus Sicht des Wirtschaftsministeriums zunächst darum ging, die deutsche Energieversorgungssicherheit unter neuen Bedingungen zu gewährleisten: Die beginnende Liberalisierung der Energiemärkte stellte die bis dahin geübte Praxis in Frage, bei der sich mehrere Importunternehmen zu Konsortien zusammenschlossen, um mit den staatlichen Förderunternehmen auf Augenhöhe verhandeln zu können. Damit stand aus Sicht des Ministeriums zu befürchten, dass sich die bestehenden Machtasymmetrien zugunsten der Förderstaaten verschieben würden, denen nun deutlich schwächere vereinzelter Handelspartner gegenüberstünden.³⁴ Einen Ausweg bot aus Sicht der Bundesregierung eine Verflechtungsstrategie: Unternehmensbeteiligungen und *joint ventures* sollten die Förderunternehmen langfristig an den deutschen Markt binden, deutschen Unternehmen direkten Zugriff auf ausländische Öl- und Gasreserven erlauben und zugleich das Absatzrisiko der deutschen Gasimporteure mindern.³⁵ Ausdrücklich wurde dabei auf den russischen Gassektor abgezielt. Als Nebeneffekt erhoffte sich die Bundesregierung, den hohen Investitionsbedarf der russischen Gasförderung decken zu können und dadurch auch wirtschaftlich zur Energiesicherheit beizutragen.³⁶ Diese politischen Überlegungen kulminierten 2002 mit den Übernahmeverhandlungen zwischen E.ON und Ruhrgas, die zunächst an dem Veto des Bundeskartellamts scheiterten. Die vom BMWi erteilte Ministererlaubnis, die erforderlich war, um die kartellrechtliche Entscheidung aufzuheben, stellte ganz entschieden auf energieaußenpolitische Aspekte ab. Ausdrücklich formulierte sie es als Ziel, die personellen und unternehmensrechtlichen Verflechtungen des fusionierten Unternehmens mit Gazprom zu vertiefen und die Investitionsmöglichkeiten der zuvor privat gehaltenen Ruhrgas auszubauen.³⁷ Hier bezog sich die Ministererlaubnis auf einige nicht konkret genannte Förderprojekte.³⁸ Die deutsche Gazpromtochter Zarubezhgaz bejahte zwar in ihrer Stellungnahme den diagnostizierten russischen Investitionsbedarf, sah diesen aber auch ohne die beantragte Fusion gedeckt. Das Unternehmen machte zudem deutlich, dass es sich keineswegs auf Ruhrgas als einzige deutsche Kooperationspartnerin beschränken würde.³⁹ Das BMWi verwies auf diese

³² NORD STREAM AG: Hintergrundinformation. Die Nord Stream Pipeline. Langfristiger Garant für die Energiesicherheit in Europa, 2012, <http://www.nord-stream.com/de/die-pipeline/> (zuletzt besucht am 12. Mai 2012), hier: S. 4.

³³ OAO SEVERNEFTEGAZPROM: Yuzhno-Russkoye Field, 2012, <http://en.severneftegazprom.com/company/yuzhno-russkoye-field/> (zuletzt besucht am 12. Mai 2012); Nord Stream AG: Die Pipeline, 2012, <http://www.nord-stream.com/de/die-pipeline/> (zuletzt besucht am 12. Mai 2012).

³⁴ BMWi: Verfügung vom 5. Juli 2002. Gesch.-Z.: I B 1 – 22 08 40 / 129, Berlin 2002, S. 73–74.

³⁵ Ebd., S. 72–76.

³⁶ Ebd., S. 77–78.

³⁷ Ebd., S. 80–81.

³⁸ Ebd., S. 80.

³⁹ Ebd., S. 35.

Einlassung als Hinweis auf mögliche Hindernisse für die Verflechtungsstrategie, genehmigte die umstrittene Fusion aber dennoch.⁴⁰

Das russische Ziel war es, das in den 1990er Jahren aufgeteilte osteuropäische Transportsystem für Erdgas wieder zu vereinheitlichen, um die neu entstandenen Belastungen für die eingespielten Handelsbeziehungen zu umgehen. Dafür war es aus dieser Sicht erforderlich, Umgehungspipelines um die Ukraine einzurichten, die aus historischen Gründen ein Transitmonopol für russisches Erdgas hatte.⁴¹ Allerdings dachten russische Akteure zunächst an eine landgebundene Leitung über polnisches Territorium. Die deutlich teurerer Ostseepipeline, die seit 1997 zunächst als Möglichkeit diskutiert wurde, um Westeuropa über Skandinavien zu beliefern, galt hauptsächlich als Verhandlungsinstrument, mit dem die Zustimmung Polens zu der landgestützten Variante erreicht werden sollte.⁴² Erst als die polnische Regierung trotz verschiedener Interventionen des russischen Präsidenten Putin und des Ministerpräsidenten Kasyanov bei ihrem Veto blieb, kam die Ostseeroute – neben Pipelines durch das Schwarze Meer und einer nicht realisierten Internationalisierung des ukrainischen Transportsystems – als tatsächliche Option ins Spiel.⁴³

Obwohl E.ON Ruhrgas an den Planungen für die landgebundene Pipeline beteiligt gewesen war, lehnte sie die spätere *Nord Stream Pipeline* zunächst ab, da sie günstigere Alternativen favorisierte. Zugleich verweigerte E.ON Gazprom die gewünschte direkte Beteiligung an der neu erworbenen Ruhrgas. Einerseits wollte sie die neue Führungsgesellschaft selbst vollständig kontrollieren, andererseits verpflichtete sie die Ministererlaubnis, Ruhrgas als deutsches Unternehmen zu erhalten. Hinzu kam, dass E.ON Ruhrgas seinen Gasbezug möglichst vielfältig aufstellen wollte, was aus ihrer Sicht gegen eine russische Beteiligung sprach. Im Gegenzug lehnte es Gazprom trotz verschiedener Alternativange-

⁴⁰ Ebd., S. 54 u. 78–79.

⁴¹ Der Vorstandsvorsitzende der Gazprom, Alexej Miller, bezeichnete eine solche Umgehungspipeline in verschiedenen Reden vor der Aktionärsversammlung als „strategisch“, „von höchster strategischer Bedeutung“ und als „Priorität“. Die leider nur als html-Dokumente ohne Seitenangaben zugänglichen Quellen sind: OAO GAZPROM: „Gazprom“ perešel ot etapa stabilizazii k rostu – tsesy doklada predsedatela pravlenia OAO „Gazprom“ Alekseja Millera, 2003, <http://www.gazprom.ru/articles/article13300.shtml> (zuletzt besucht am 2. Oktober 2007); OAO GAZPROM: Na puti k energetičeskoj kompanii – tsesy doklada predsedatela pravlenia OAO „Gazprom“ Alekseja Millera, 2004, <http://www.gazprom.ru/articles/article13298.shtml> (zuletzt besucht am 2. Oktober 2007); OAO GAZPROM: Liberalisazija! Novye perspektivy „Gazproma“, 2005, <http://www.gazprom.ru/articles/article17072.shtml> (zuletzt besucht am 2. Oktober 2007).

⁴² MOSCOW TIMES: Pipeline Preliminary, in: Moscow Times Online vom 25. Januar 1997, <http://www.themoscowtimes.com/news/article/pipeline-preliminary/312871.html> (zuletzt besucht am 27. April 2010); MOSCOW TIMES: Swedes Sign Russian Pact To Study Pipe, in: Moscow Times Online vom 4. Dezember 1997, <http://www.themoscowtimes.com/news/article/swedes-sign-russian-pact-to-study-pipe/296688.html> (zuletzt besucht am 28. April 2010).

⁴³ MOSCOW TIMES: Kasyanov in Poland to Push Gas Deal, in: Moscow Times Online vom 25. Mai 2011, <http://www.themoscowtimes.com/business/article/kasyanov-in-poland-to-push-gas-deal/253399.html> (zuletzt besucht am 27. April 2010); Dies.: Pipelines on Tap for Putin on Poland Trip, in: Moscow Times Online vom 14. Januar 2002, <http://www.themoscowtimes.com/business/article/pipelines-on-tap-for-putin-on-polandtrip/249257.html> (zuletzt besucht am 27. April 2010); Olga GUBENKO: Pol'sha propustit naš gazoprovod čerez seba, in: Izvestia vom 14. Januar 2002, <http://www.izvestia.ru/news/256827> (zuletzt besucht am 27. September 2011); OAO GAZPROM: Segodna sostojalos' zasedanie Soвета direktorov Gazproma, <http://www.gazprom.ru/press/news/2002/february/article53890/> (zuletzt besucht am 27. November 2009).

bote ab, E.ON Ruhrgas an dem Gasfeld *Yuzhno Russkoye* zu beteiligen.⁴⁴ Wintershall unterstützte dagegen nicht nur die Ostseepipeline, sondern konnte über das Unternehmen Achimgaz bereits seit 2003 zusammen mit Gazprom russisches Erdgas fördern.⁴⁵ Am 11. April 2005 überführten Wintershall und Gazprom ihre Vereinbarungen in ein umfassendes *Memorandum of Understanding*. Darin wurde beschlossen, WINGAS – ein Gemeinschaftsunternehmen der beiden Firmen – mit 49 Prozent in die Betreibergesellschaft der Ostseepipeline aufzunehmen. Die restlichen 51 Prozent blieben bei Gazprom, die zudem ihren Anteil an WINGAS von 35 auf 51 Prozent anheben konnte. Wintershall wiederum erwarb eine Beteiligung in Höhe von 50 Prozent minus einer Aktie an dem Gasfeld *Yuzhno Russkoye* und bekam zudem eine dauerhafte Sperrminorität von 25 Prozent plus einer Aktie für den Fall zugesichert, das weitere westliche Unternehmen an dem Gasfeld beteiligt werden sollten.⁴⁶ Zugleich bekräftigte das deutsche Unternehmen seinen Anspruch, dauerhaft stärkster westlicher Teilhaber an dem Gasfeld zu bleiben.⁴⁷ E.ON Ruhrgas hingegen gelang es an demselben Tag nur, die bereits getroffenen Vereinbarungen mit Gazprom noch einmal zu bestätigen, wobei sie hinnehmen musste, dass ihr Wintershall nicht nur zuvorgekommen war, sondern sie auch als wichtigste Partnerin Gazproms bei der Erschließung *Yuzhno Russkoyes* abgelöst hatte: Ihr ursprünglich diskutierter Anteil von bis zu 50 Prozent wurde nun auf 25 Prozent festgeschrieben. Auch hinsichtlich der Ostseepipeline befand E.ON Ruhrgas sich nun in der Rolle der Nachzüglerin, die lediglich weitere Gespräche zugesichert bekam.⁴⁸ Wintershall und Gazprom dagegen konnten durch ihre Verflechtungen von der russischen Förderung bis zum deutschen Endkundengeschäft an jeder Stufe der mit der Pipeline verbundenen Wertschöpfungskette teilhaben.

Sowohl die öffentliche Debatte als auch die Aktionäre der E.ON Ruhrgas sahen in den Verhandlungsergebnissen eine klare Niederlage des größten deutschen Energieversorgers. Kritiker bezweifelten aufgrund der erfolgreichen Verflechtung Wintershalls den Sinn der umstrittenen E.ON/Ruhrgas Fusion, die letztlich nur Binnenwettbewerb verhindern würde, ohne die außenwirtschaftliche Verhandlungsposition zu verbessern. Aktionäre des Unternehmens kritisierten besonders, dass man die Machtverhältnisse falsch einge-

⁴⁴ FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG: Transportweg von Sibirien nach Westeuropa als Devisenquelle, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 9. Juli 2004, S. 3.

⁴⁵ WINTERSHALL HOLDING GMBH: Achimgaz, <http://www.wintershall.com/en/press/achimgaz.html> (zuletzt besucht am 12. Mai 2012).

⁴⁶ WINTERSHALL AG: BASF und Gazprom schließen wegweisende Vereinbarung zur europäischen Energieversorgung, <http://www.wintershall.com/214.html?&L=1>, (zuletzt besucht am 27. März 2010); OAO GAZPROM: „Gazprom“ i „BASF“ podpisali memorandum o vzaimoponimani, <http://www.gazprom.ru/press/news/2005/april/article55269/>, (zuletzt besucht am 27. März 2010).

⁴⁷ Richard MILNE, Michael GASSMAN: BASF and Gazprom sign deal in Siberia, in: Financial Times Online vom 11. April 2005, <http://www.ft.com/cms/s/0/b0346a0e-aaef-11d9-98d7-00000e2511c8.html>, (zuletzt besucht am 27. März 2010), HANDELSBLATT: Erdgasforderung. BASF sticht Eon in Sibirien aus, in: Handelsblatt Online vom 11. April 2005, http://www.handelsblatt.com/unternehmen/_b=883224,_p=5,_t=ftprint,doc_page=0;printpage, (zuletzt besucht am 27. März 2010).

⁴⁸ E.ON AG: E.ON und Gazprom konkretisieren Schritt zu einer vertieften Zusammenarbeit, <http://www.eon.com/de/media/news/press-releases/2005/4/11/e-dot-on-and-gazprom-agree-on-stepleading-to-intensified-cooperation.html> (zuletzt besucht am 27. März 2010); OAO GAZPROM: Ob itogah rabochej vstreči Alekseja Millera, Vul'fa Bernotata i Burkharda Bergmanna, <http://www.gazprom.ru/press/news/2004/october/article55049/> (zuletzt besucht am 26. März 2010).

schatzt habe: „E.ON braucht Gazprom, aber Gazprom braucht E.ON nicht.“⁴⁹ Damit sah sich die Unternehmensleitung gezwungen, Verhandlungserfolge zu erzielen, um ihre fortgesetzte Relevanz als Verhandlungspartnerin Gazproms nachzuweisen.

Die drei Unternehmen unterzeichneten schließlich am 8. September 2005 die Grundsatzvereinbarungen über das Pipelineunternehmen, das sie am 6. Dezember offiziell gründeten. An diesem Unternehmen hielten die beiden deutschen Unternehmen jeweils 24,5 Prozent und Gazprom 51 Prozent.⁵⁰ Das russische Unternehmen hatte damit auch das Vorschlagsrecht für die beiden Führungsstellen in dem Unternehmen: Gerhard Schröder als Vorsitzender der Aktionärsrates und Matthias Warnig als Vorstandsvorsitzender.⁵¹ Die Anteilseigner des neuen Unternehmens, das bei einer konstituierenden Sitzung des Aktionärsausschusses seinen endgültigen Namen Nord Stream AG erhielt, übernahmen 30 Prozent der Pipelinekosten. Die übrigen 70 Prozent sollten extern finanziert werden.⁵²

Während Wintershall und Gazprom das Gasfeld *Yuzhno Russkoye* Ende 2007 tatsächlich in Betrieb nahmen, konnte E.ON Ruhrgas keine Fortschritte bei seinen Verhandlungen erzielen. Obwohl ihr Gazprom weiterhin 25 Prozent minus einen Anteil in Aussicht stellte, lehnte das russische Unternehmen weiterhin alle angebotenen Ausgleichszahlungen ab. Diese beinhalteten u.a. Beteiligungen an mehreren mittel- und osteuropäischen Tochterfirmen des deutschen Unternehmens. Erst am 2. Oktober 2008 einigten sich die zwei Firmen: Im Gegenzug zur der angebotenen Beteiligung übertrug E.ON Ruhrgas dem russischen Unternehmen das vollständige Eigentum an einem Gemeinschaftsunternehmen, das ca. 4,5 Prozent der Gazpromanteile hielt.⁵³

Diskussion

Die interpretative Einzelfallstudie bestätigt beide Eingangshypothesen. Tatsächlich gelang es den deutschen und russischen Akteuren, ihre jeweiligen Präferenzen zu realisieren,

⁴⁹ Jürgen FLAUGER: Zwischenbilanz nach der Elefantenhochzeit von Eon und Ruhrgas. Bei Eon macht sich Ernüchterung breit, in: Handelsblatt Online vom 26. April 2005, <http://www.handelsblatt.com/unternehmen/industrie/bei-eon-macht-sich-ernuechterung-breit;891022> (zuletzt besucht am 27. März 2010); HANDELSBLATT: Konzern verfolgt zwar Projekte mit Gazprom weiter, will aber auch in verflüssigtes Erdgas investieren. Eon sucht nach Alternativen zum russischen Gas, in: Handelsblatt Online vom 28. April 2005), <http://www.handelsblatt.com/unternehmen/handel-dienstleister/konzern-verfolgt-zwar-projektemit-gazprom-weiter-will-aber-auch-in-verfluessigtes-gas-investieren-eon-sucht-nach-alternativen-zurussischem-gas/2498780.html>, (zuletzt besucht am 27. März 2010).

⁵⁰ E.ON AG: BASF; E.ON und Gazprom schließen Vereinbarung über „Nordeuropäische Gasleitung“ durch die Ostsee, <http://www.eon.com/de/presse/news/pressemitteilungen/2005/9/8/basf-e-dot-on-undgazprom-schliessen-vereinbarung-ueber-nordeuropaeische-gasleitung-durch-die-ostsee.html>, (zuletzt besucht am 28. März 2010).

⁵¹ Bertrand BENOIT: Schröder ready for new role after politics, in: Financial Times Online vom 10. Oktober 2005, <http://www.ft.com/cms/s/0/f327f34a-39aa-11da-806e-00000e2511c8.html> (zuletzt besucht am 30. März 2011).

⁵² Jürgen FLAUGER: Startpunkt und Anlandepunkt der Pipeline stehen fest: Eon beteiligt sich an Pipeline durch die Ostsee, in: Handelsblatt Online vom 29. August 2005, http://www.handelsblatt.com/unternehmen/_b=950680,_p=5,_t=ftprint,doc_page=0;printpage (zuletzt besucht am 28. März 2010).

⁵³ E.ON AG: Gasfeld Yushno Russkoje. E.ON und Gazpro einigen sich abschließend über Asset-Tausch, 2. Oktober 2008, <http://www.eon.com/de/presse/news/pressemitteilungen/2008/10/2/gasfeld-yushno-russkojee-dot-on-und-gazprom-einigen-sich-abschliessend-ueber-asset-tausch.html> (zuletzt besucht am 28. März 2010); OAO GAZPROM: OAO „Gazprom“ i E.ON AG podpisali Soglašenie o covmestnom učatii v proekte osvoenia Užno-Rysskogo neftegazovogo mestoroždenia, <http://www.gazprom.ru/press/news/2008/october/article56795/> (zuletzt besucht am 6. April 2010).

also sowohl die Ukraine zu umgehen, als auch über Unternehmensintegration Zugang zu den jeweils anderen Märkten zu erhalten. Damit konnten sie letztlich die etablierten Energiebeziehungen auch unter den neuen Bedingungen fortsetzen.

Die konkrete Umsetzung begünstigte Gazprom, die in allen neu gegründeten Gemeinschaftsunternehmen eine Mehrheit hielt und die als von der deutschen Politik als Widerpart gedachte E.ON Ruhrgas weitgehend neutralisieren konnte. Damit scheiterte letztlich auch das energieaußenpolitische Konzept der rot-grünen Bundesregierung: Zwar hatten sich die Energiesektoren der beiden Staaten tatsächlich miteinander verflochten. Die verschiedenen Ziele auf der Verteilungsebene wurden jedoch verfehlt: Weder gelang es, eine substantielle Beteiligung an Gazprom aufzubauen, noch gab sich Russland lediglich mit deutschen Investitionen als Gegenleistung zufrieden, sondern erwartete und erreichte eine Öffnung des deutschen Endkundenmarktes. Die in der deutschen Ministererlaubnis genannten institutionellen und personellen Beziehungen verbesserten tatsächlich die deutsche Verhandlungsposition. Dies kam aber nicht E.ON Ruhrgas, sondern ihrer Mitbewerberin Wintershall zugute.

Drei Ursachen erklären dies: Erstens hatte Wintershall die russischen Präferenzen wesentlich besser verstanden als E.ON und das BMWi, die versuchten, eine Beteiligung Gazproms an E.ON Ruhrgas zu verhindern. Der kleinere Gasimporteur setzte dagegen in seiner Strategie auf Gegenseitigkeit und machte damit das für Gazprom deutlich attraktivere Angebot. Dabei erwartete Wintershall, dass Gazprom jedes Entgegenkommen ihrerseits zu einem späteren Zeitpunkt erwidern würde, vertraute also der kooperativen Haltung der russischen Partnerin. Daher konnte sie auch leichter als E.ON Ruhrgas kurzfristige Verluste und Minderheitspositionen hinnehmen.

Zweitens hatten Wintershall und Gazprom ihre Zusammenarbeit besser institutionalisiert als E.ON Ruhrgas. Diese war zwar direkt und indirekt am Kapital der russischen Firma beteiligt und in deren Aktionärsausschuss vertreten. Substantiell stellte diese Beteiligung aber bis zur Gründung der Nord Stream AG nur ein einziger Kontakt dar. Dagegen verteilte sich die Zusammenarbeit von Wintershall und Gazprom auf eine Vielzahl von Gemeinschaftsunternehmen. Diese Aufteilung führte unterschiedliche Repräsentanten in unterschiedlichen Gremien zusammen, die unterschiedlichen Aspekte der Partnerschaft betreuten, was es erleichterte, Informationen auszutauschen und Vertrauen zu entwickeln. Zugleich wirkten die Gemeinschaftsunternehmen als versunkene Kosten, die die Zusammenarbeit stabilisierten und es möglich machten, abweichendes Verhalten durch eine der Partnerinnen später zu sanktionieren.

Drittens konnte Gazprom als Beziehungsmaklerin zwischen den beiden deutschen Unternehmen agieren, die keine direkten Kontakte zueinander hatten. Auch waren sie in keiner 2-Clique Mitglied, zu der nicht auch Gazprom gehörte. Es gab also für die deutschen Unternehmen wenig Möglichkeiten, ihre Verhandlungspositionen gegenüber dem russischen Gasunternehmen zu koordinieren. Das erlaubte es Gazprom, die beiden Unternehmen gegeneinander auszuspielen und sich am Ende demjenigen zuzuwenden, das ihren Präferenzen stärker entgegenkam. Da beide Unternehmen auf Kooperation mit Gazprom angewiesen waren, konnte sie so auch E.ON Ruhrgas unter Druck setzen. Damit muss die verbreitete Annahme einer besonders engen Beziehung zwischen Gazprom und E.ON Ruhrgas deutlich differenziert werden. Eher befand sich das deutsche Unternehmen in einem permanenten latenten Konflikt mit der intensiven Kooperationsbeziehung Wintershall-Gazprom.

Weder bestätigen noch widerlegen die Ergebnisse die in der Forschung zu internationalen Energiebeziehungen gängigen Einschätzungen von transnationalen Unternehmenskoope-

rationen. Sie zeigen vielmehr, dass diese Kooperationen zwar tatsächlich Energiesicherheit herstellen können – wie die Verflechtungsthese unterstellt –, dass sie aber zugleich die Position der Akteure verbessern, der sich in der günstigeren Netzwerkposition befindet – wie die Abhängigkeitsthese vermutet. Dagegen konnte eine Annahme wichtiger Vertreter der Abhängigkeitsthese nicht bestätigt werden: Keineswegs führen enge Beziehungen automatisch zu konfliktfreier Zusammenarbeit. Die Konflikthanfälligkeit hängt vielmehr von der Struktur der Beziehungen ab und ist in Beziehungen mit vielen unterschiedlichen Kontakten besonders gering. Dies gilt für die staatliche wie auch für die Unternehmensebene. Die Ergebnisse bedürfen der vergleichenden Überprüfung und Erweiterung. Zu fragen wäre beispielsweise, wie Haltungen und Einstellungen durch diese Netzwerke wandern, ob sich durch „Ansteckungs“-prozesse Zielvorstellungen annähern und wie sich dies auf die staatliche Energiepolitik auswirkt. Hier können netzwerkanalytische Instrumente dazu beitragen, eine insgesamt noch immer stark politisch geprägte Forschungsdebatte zu versachlichen und oft implizite Annahmen kritisch zu hinterfragen.